

Sattler-Zeitung

Nr. 8.

Berlin, den 20. April 1901.

15. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.
Bezugspreis 60 Pfg. pro Vierteljahr durch
die Post (Post-Bilste Nr. 6519)
80 Pfg. bei Zusendung unter Streifenband.

Redaktion und Verlag:
Joh. Jassenbach, Berlin S.O., Engel-Ufer 15.
Fernsprech-Nummer: Amt VII, 788.

Inserate die 3 gespaltene Nonpareille-
Zeile 20 Pfg.;
bei Wiederholungen bedeutende
Ermäßigung.

Inhalt.

Arbeiter, organisiert Euch! — Der Streik der Militärfeld- und Arbeiter von Oberfeld-Barmen. — Zur Lohnbewegung der Berliner Geschnitzler. — Die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands. (Schluß). — Eine Zentralkommission in Berlin. — Das erste Geschäftsjahr des Berliner Gewerkschaftshauses. — Aus dem Auslande. — Streiks und Lohnbewegungen. — Vereinstheile. — Arbeiter-Bildungsschule, Berlin. — Ausgrabungen. — Fragelasten. — Anzeigen.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Zureisende Kollegen haben sich vor Annahme von Arbeit bei dem betr. Vertrauensmann zu erkundigen ob und wo am Orte gestreikt wird resp. ob eine Werkstelle gesperrt ist.

Ausgebrochene Streiks.

Berlin. Geschnitz- und Sattelmacher bei den Firmen
A. u. W. Schütz, Wilhelmstr. 30/31, Maier, Sorauerstr. 28,
Robert, Bahstr. 30, Fiedler, Friedrichsberg, Warmdt, Schützenstr. 4,
Kotzsch, Klosterstr. 13, Kuselmann, Krafftstr. 15.
Oberfeld-Barmen. Militärfeld-
Feld. — Geschnitzler.

Gesperrte Werkstellen:

Offenbach a. M. Die Tischner-Werkstellen Pö. Knipp,
G. Mayer und G. Gottlieb.
Oesterreich. Wien. K. t. Hofwagenfabrik von Carl Marius,
VIII, Albertgasse 17.

Näheres siehe Berichte.

Arbeiter, organisiert Euch!

Das eine ist klar, die Gewerkschaftsbewegung ist eine notwendige Erscheinung der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise, die als solche große, überaus wichtige Funktionen bei der Lösung der sozialen Probleme zu erfüllen hat. An allen Ecken und Enden sehen wir neues, aufsprühendes Leben. Am wirtschaftlichen Himmel ziehen bedrohliche Wolken vorüber, Regen- und Hagelschauer prasseln hernieder und Stürme heulen. Wer aber ein richtiges Urtheil hat, weiß, daß diese wirtschaftlichen Stürme eben nur Frühlingsstürme sind, hinter denen das Keimen und Spreizen der Pflanzen beginnt. Der Frühling bringt Blumen und Unkraut hervor. Ob das, was hervorspricht, Unkraut oder Nutz- und Zierpflanzen im Garten der Kultur sind, das erkennen wir an der Bedeutung, den Aufgaben und Grenzen der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen.

Der Mensch gleicht dem Heerdentier; er bestrebt sich, Anschluß an andere zu suchen und gedeiht nur im Kreise seiner Genossen. Deshalb schaffte der Trieb der Gleichstrebenden und Gleichführenden einen Zusammenschluß in Form der Vereinigung, die unter dem Gesichtspunkte der Berufszusammengehörigkeit entstanden. Solche Erscheinungen dieser Art waren die Zunftorganisationen des Mittelalters, die sich von den modernen Berufsorganisationen dadurch unterscheiden, daß die Zunft den Meister sowohl wie den Gesellen umfaßte; war doch der Geselle auch der zukünftige Meister, während der moderne Arbeiter dauernd Arbeiter ist. Und diese Thatsache macht den Arbeiter zum Angehörigen einer bestimmten sozialen Klasse. Der Arbeiter ist

eine rechtlich freie Person, die nicht die Mittel besitzt, selbstständig zu produzieren oder als Rentner zu leben, andererseits aber auch nicht die Fähigkeit besitzt, als Künstler oder als Gelehrter zu leben. Nur zusammen mit den Kapitalisten kann er die zur Produktion erforderlichen sachlichen Bedingungen erfüllen. Der Arbeiter selbst besitzt nur seine Arbeitskraft, die ihm die Mittel zur Erhaltung seiner Existenz schafft. Die Produktionsbedingungen könnten von modernen Kapitalisten auch erfüllt werden, wenn er an Stelle des rechtlich freien Arbeiters den Sklaven verwenden würde.

Welches sind nun die Bestrebungen der Berufsvereine, die dem Arbeiter, während er Arbeit hat, helfen und seine Existenzbedingungen erleichtern können? Zur Erreichung dieses Zieles werden zwei Wege gewählt. Erstens will die Vereinigung dem Arbeiter, der nicht arbeiten kann, helfen, und zweitens bietet sie Unterstützung und Hilfe dem arbeitenden Arbeiter. Die erste Gruppe umfaßt die Hilfe bei Krankheiten, Unfällen, Invalidität und Todesfällen. Einige Gewerkschaften fingen ihre Thätigkeit mit solchen Bestrebungen an; diese wurden aber mit der Zeit verschoben zu Gunsten des anderen Theils auf Unterstützung der arbeitenden Gewerkschaftsangehörigen gerichtet. Die Unterstützung des Kranken, invaliden u. s. w. Arbeiters ist mehr und mehr eine Aufgabe des Staates geworden, da diese Thätigkeit von den Arbeitern nur unvollkommen geleistet werden konnte.

Auf dem zweiten Wege suchen die Gewerkschaften ihre Angehörigen denselben zu ebnen, indem sie den Arbeiter zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen thatkräftig unterstützen. Der Arbeiter sucht und findet Arbeit als rechtlich freier Mann, bietet sich als solcher an und vereinbart frei mit dem Kapitalisten seine Arbeitsbedingungen. Aus dieser Situation des Arbeiters hat man die Folgerung gezogen, daß der Arbeiter sich in der Rolle des Waarenverkäufers befindet, daß seine Arbeitskraft gleich einer Waare ist, die von den Händlern auf dem Markte feilgeboten wird. Ausgehend von diesem Gedanken, sagen sich die Gewerkschaften: Ist die Arbeitskraft eine Waare, so muß unser Streben dahin gehen, die Lage des Arbeitsmarktes zu beeinflussen, indem der Arbeiter seine Arbeitskraft so theuer als möglich verkauft. Wir müssen das Angebot und die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu regulieren suchen. Aus diesen Gedanken entstanden dann die auf den Arbeitsnachweis, die Reiseunterstützung und die Arbeitslosenunterstützung gerichteten Bestrebungen der Gewerkschaften. Soll der Arbeitsnachweis als Regulator von Angebot und Nachfrage nützlich wirken, dann muß die Möglichkeit gegeben sein, die vorhandenen Arbeitskräfte zu dirigieren, Arbeiter dort hinbringen, wo nach Arbeitskraft gefragt wird, und von dort wegzuschaffen, wo sie über den Bedarf angeboten wird. Diesem Bestreben dient die Reiseunterstützung. Nach den tatsächlichen Verhältnissen kann trotzdem eine überflüssige und auf den Preis der Waare Arbeitskraft brüdernde Arbeitskraft vorhanden sein, was die dritte Nothwendigkeit ergibt: Die Unterstützung der Arbeitslosen.

Nun ist die Waare Arbeitskraft aber von besonderer Eigenart, man hat gefunden, daß es nicht ganz richtig ist, die Arbeit als Waare zu betrachten. Während z. B. jede andere Waare unter dem Gesichtspunkte des Verkaufes produziert wird, trifft das bei der Produktion der Arbeitskraft, also der Produktion durch Menschenhand, doch nicht zu. Während es weiter jedem Verkäufer gleich ist, was mit seinen verkauften Waaren geschieht, ob z. B. Ziegel für den Bau eines Palastes oder Stalles verwendet werden, kann es dem Verkäufer der Waare Arbeitskraft nicht gleichgültig sein, ob dieselbe in dunklen, dunstigen, von Gasen durchschwängerten, gesundheitschädlichen Räumen verwandt wird, oder in luftigen, gesunden, der modernen Hygiene entsprechenden Werkstätten. Was mit seiner Waare Arbeitskraft geschieht, daß geschieht eben mit dem Verkäufer derselben selbst. Ferner befindet sich der Besitzer der Waare Arbeitskraft in einer besonders ungünstigen Lage dem Käufer gegenüber, ähnlich wie der Verkäufer von Genußmitteln, die dem Verderben ausgesetzt sind, und deren Werth sinkt, je länger er damit wartet, diese unter jedem nur annehmbaren Preise loszuschlagen. Solcher Waarenbesitzer ist auch der Arbeiter, denn wenn er seine Waare nicht loschlägt, gefährdet er seine Existenz, d. h. er muß hungern. Er muß um jeden Preis verkaufen, er kann seine Waare nicht zurückhalten, um höheren Preis für dieselbe herauszuschlagen.

Diese Erkenntnis hat zu dem Bestreben der Gewerkschafts-Organisation geführt, auch dem Arbeiter die Möglichkeit zu schaffen, abzuwarten zu können, ehe er seine Waare Arbeitskraft loschlägt. Dazu gab es im Wesentlichen nur ein Mittel, nämlich, daß nicht mehr der einzelne Arbeiter die Arbeitsbedingungen mit dem Arbeitgeber feststellt, sondern daß die Arbeiter einer Fabrik, einer Stadt, eines Landes selbst diese Bedingungen mit den Arbeitgebern regeln. Nur wenn die Arbeiter in ihrer Gesamtheit erklären, ihre Waare zu den bisherigen Preisen nicht mehr hergeben zu wollen, ist das Ziel erreichbar. Dieses würde aber hinfällig werden, so lange nicht die Möglichkeit vorhanden ist, dem Arbeiter die Existenz zu erhalten, auch wenn er ohne Arbeit ist. Dazu sind vor Allem Geldmittel nötig. Deshalb das Bestreben der Gewerkschaften, diese Mittel zu beschaffen und die Anwendung dieser Mittel, wie oben angedeutet, führt dann zum Streik.

Der Streik ist nichts Willkürliches, sondern bedingt durch die Entwicklung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Streik wird stets das vornehmste und ausschlagende Mittel im Gewerkschaftskampfe bleiben, aber er darf in der Bewegung nur dann zur Anwendung gelangen, wenn alle anderen Mittel versagen, denn die Arbeiter kämpfen nicht, um sich zu üben, sondern um ihren Zweck zu erreichen. Die Streiks werden auch nicht immer von den Gewerkschaften erzeugt, denn da, wo keine gewerkschaftliche Organisationen vorhanden sind, entstehen, wie die Erfahrung lehrt, Streiks um so leichter. Von Gewerkschaften inzentrierte Streiks dauern gewöhnlich länger, weil sie nur dort entstehen, wo Aussicht auf Erfolg vorhanden. Bei Streiks der Gewerkschaften fungieren die befähigsten Personen als Leiter, bei Nichtorganisierten die unfähigsten Schreier.

Da die Arbeiter nicht um ihrer selbst willen, sondern zur Erreichung des jeweiligen Zweckes kämpfen, so werden sie auch zu solchen Mitteln greifen müssen, die den gleichen Erfolg haben können, als wie einen mit schweren Geldopfern errungenen Vortheil eines Streiks. Es sind dies die für einen längeren Zeitraum abgeschlossene Vereinbarungen zwischen Arbeitern und Unternehmern über Lohn- und Arbeitsbedingungen, die unter dem Namen Tarifgemeinschaften bekannt sind. Die Festsetzungen von ganz bestimmten Lohnsätzen, Arbeitszeiten und Bedingungen zeigen uns, daß es nicht nur Aufgabe der Gewerkschaften ist, den Krieg zu organisieren, sondern in weiterer Folge auch den Frieden im Gewerbe zu organisieren. Dafür müssen allerdings eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein, denn Tarifgemein-

schaften werden nur in den Berufen abgeschlossen werden, in welchen die Arbeiter gut organisiert sind und in welchen die Organisation durch eine Reihe von Kämpfen den Beweis geliefert hat, daß sie gewillt ist, ihre Aufgabe, die Lohn- und Arbeitsbedingungen günstiger zu gestalten, unter allen Umständen durchzuführen.

Daß die Gewerkschaft eine dem Arbeiter nützliche Erscheinung ist, haben wir aus der Bedeutung und den Aufgaben des Angeführten gesehen. Nun wäre noch die Frage zu beantworten, ob die Gewerkschaftsbewegung allein im Stande ist, die Interessen der Arbeiter zu wahren. Diese Frage ist unbedingt zu verneinen. Die Gewerkschaftsbewegung ist nie im Stande, allein all die Schäden zu beseitigen, die den Arbeitern aus den herrschenden wirtschaftlichen Zuständen erwachsen. Auch ist leider die große Mehrzahl der Arbeiter noch nicht organisiert. Durch entsprechende Schutzgesetze hat der Staat es übernommen, die Frauen und Kinder gegen diese Schäden, sowie die Unorganisierten als Lohnrücker gegen gewisse von diesen oftmals vermeintlich an Ueberreizung grenzende Exitanrungen und Schädigungen in Form von Verurteilungen durch Organisierte, zu schützen. Aber auch innerhalb der Gewerkschaftssphäre muß der Staat helfend eingreifen, z. B. durch die Festlegung eines gesetzlichen Maximalarbeitstages, durch Verbot der Hausindustrie, des Trucksystems u. s. m. Auch verbleiben dem Staate die Lösung der so wichtigen Probleme des Arbeiterschutzes und der Zwangsversicherung. Da es also auf absehbare Zeit im Interesse der Arbeiter liegt, daß die Staatsmaschine auch für sie arbeitet, muß auch in Zukunft die politische Bewegung dem Arbeiter unentbehrlich bleiben. Zwar soll der Arbeiter vor Allem in seiner Gewerkschaft sein, daneben soll er aber auch Politik treiben. Die Gewerkschaften sind in der That die unentbehrlichsten Bildner unseres Volkes. Sie schaffen Männer, die gehorchen, sich einordnen, Disziplin üben lernen, deren Geist sie selbst beherrschen. Und die Gewerkschaften bilden Männer heran, die fähig sind, Menschen zu leiten und zu bearbeiten. Darum: Hinein in unsere Gewerkschaft! Der Staat: „Arbeiter organisiert Euch!“ möge nicht unterhört verhallen.

Der Streik der Militärspekanten-Arbeiter von Eberfeld-Garmen.

Am 6. April legten 306 Kollegen die Arbeit nieder. Wie aus den 5 und 7 unserer Zeitung zu ersehen, ist seit Anfertigung von grüner Arbeit am Orte eine Fährung, eine aus höchste gesteigerte Unzufriedenheit zu verzeichnen und zwar aus dem gerechtfertigten Grunde, weil in Berlin für dieselbe Arbeit ganz bedeutend höhere Löhne gezahlt werden. Als nun (etwa vor 5-6 Wochen) die Angelegenheit betreffs eventuellen Durchdrückens besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen so weit reif schien, kam der Zentralvorstand uns Koll. Sassenbach her zur Orientierung der Lage. Derselbe kam, „um Dummheiten zu verhüten“, wie er sich ausdrückte, schimpfte tüchtig auf die hiesigen Kollegen, wünschte, daß hier bald bessere Organisationsverhältnisse Platz greifen sollten und — reiste nach Berlin zurück. Damit waren, wenigstens nach Sassenbachs Meinung, die Dummheiten verhütet und, was wohl die Hauptsache ist, Geld gespart. Jedoch die Sache sollte anders kommen. Die Kollegen bei Dahl begingen die Dummheit, zu erklären, daß, wenn ihre jetzt gestellten Forderungen nicht bewilligt würden, sie bereit seien, auf eigene Faust die Arbeit einzustellen. So geschah es, daß Herr Dahl bewilligte. Als jedoch die Lieferung fertig war, griff Dahl zu Maßregelungen von zwei der Kollegen, welche die Forderungen vertreten mußten. Als es jetzt wieder zur Arbeitsüberlegung kommen wollte, was ganz entschieden eine Forderung sein mußte, wurde die Tarifkommission Wind von der Sache und entsandte die Koll. Niedel und Marquard nach hier. Jetzt kam die Bewegung ins rechte Geleise. Der Welt muß es diesen Kollegen lassen, daß sie es ausgezeichnet verstehen, den Kollegen vor Augen zu führen, und nicht nur das, sondern auch praktische Vorschläge zu machen, wie man im Stande ist, seine Lage zu verbessern. Man konnte es dann schon als ein gelungenes Werk betrachten. Als die Koll. Niedel und Marquard wieder fort waren, haben wir wie folgt weiter gearbeitet.

Es ging den Fabrikanten folgendes Schriftstück zu:
In Folge der Preissteigerung aller Lebensmittel sowie sämtlicher Bedarfsartikel und der Reduzierung der Akkordpreise in den letzten Jahren ist die untergeordnete

Lohnkommission von den Militäreffekten-Arbeitern von Eberfeld-Barmen beauftragt, Ihnen folgendes Gesuch zu unterbreiten:

1. Anerkennung und Bezahlung nach dem vom 27. September 1900 vor dem Berliner Gewerbegericht abgeschlossenen Vertrage.
2. Anerkennung und Bezahlung nach dem in Berlin geschlossenen Tarif für graugrüne Ausrüstungsstücke. Der Vertrag gilt gleichfalls bis zum 1. Januar 1902.
3. Eine Lohnerhöhung von 20 pCt. für Zuschneider und Hilfsarbeiter, welche bis zu 20 Mk. Wochenlohn erhalten, bezugleich eine Lohnerhöhung von 15 pCt. für Zuschneider und Hilfsarbeiter, welche bis zu 22 Mk. und eine Lohnerhöhung von 10 pCt. für dieselben, wenn sie über 22 Mk. erhalten.
4. Berechnung der Akkordpreise für Zuschneider nach den Preisen, wie dieselben bei der Firma Lenzen bestehen, wenn anderweitig nicht schon höhere Preise bestehen.
5. Bei Firma Dahl die Einstellung der Gemäßregelten auf die Werkstätte.

Es wird Ihnen ein Leichtes sein, diese Wünsche zu berücksichtigen, da die Berliner Fabrikanten diese und teilweise noch höhere Preise bereits zahlen.

Sollte Herr Dähl eine Aussprache gewünscht werden, so ist die unterzeichnete Kommission gern dazu bereit und nimmt diesbezügliche Zuschriften bis

Sonntabend, den 6. April ex. (Mittags) entgegen.

Indem wir uns der Hoffnung hingeben, ein allgemeines Entgegenkommen zu finden, zeichnet mit aller

Hochachtung

Die Lohnkommission.

Am 6. April fand eine von stark 300 Personen besuchte öffentliche Militäreffekten-Arbeiter-Versammlung statt. In dieser hielt Genosse Haberland einen einflussreichen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Berechtigung und Durchführbarkeit der Forderungen der Arbeiter.“ Einleitend bemerkte Redner, er sei nicht gekommen, um für oder gegen unsere gegenwärtigen Forderungen zu sprechen, sondern nur im Allgemeinen dieses Thema zu behandeln. Er zieht dann kurz Vergleiche zwischen unserer Organisation wie sie bisher hier am Orte bestand und der Organisation der Berliner Kollegen. Augenblicklich scheint aber auch hier eine gesunde Organisationsfähigkeit sich zu entwickeln, was sehr zu begrüßen sei. Redner behandelte dann ausführlich die Berechtigung der Forderungen der Arbeiter.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Lamprich Bericht von der Lohnkommission. Trotdem die Fabrikanten beschlossen hätten, die Fünfer-Kommission nicht zu empfangen, sei es dieser doch gelungen, bei den Fabrikanten vorstellig zu werden. Keiner dieser Herren habe etwas Bestimmtes zugesagt, nur habe man die Kommission verdröhrt auf eine vielleicht am Dienstag, den 9. d. M. anzuberaumende Konferenz der Herren Fabrikanten, wozu die Kommission eingeladen werden solle. Wo? Wann man heute noch nicht angeben. Herr Dähl habe auf die Frage, ob die Gemäßregelten wieder auf der Werkstätte anfangen sollten, geantwortet: „Lassen Sie die frag sein, wenn sie zu Hause arbeiten können!“ — Die Versammlung war der Meinung, daß die Lohnkommission, wenn sie eingeladen würde, mit den Herren in Verhandlung treten solle. Jedoch um diesbezüglich einem Duerflich vorzubringen, beschloß die Versammlung mit großer Mehrheit, heute den Streik zu proklamieren und unerhörllich für die gestellten Forderungen einzutreten. Die Lohnkommission wurde mit der Leitung des Streiks beauftragt, sodann wurden die Streiklokale bestimmt. Die Streikenden wurden zu einer Versammlung auf Dienstag, den 9. d. M., Abends 7 Uhr, bei Reull eingeladen.

In dieser Versammlung, welche ebenfalls überaus gut besucht war, gab die Streikleitung den Bericht über die stattgefundenen Einigungsverhandlungen, welche durch die Fabrikanten eingeleitet waren.

Das Ergebnis war folgendes: Den braunen Tarif wollen die Fabrikanten mit der Abänderung, daß für den Tornister 20 bis 25 Mk. bezahlt werde, bis zum 1. Juli d. J. anerkennen. Von da an, also vom 1. Juli 1901 bis zum 1. Januar 1902, soll der braune Tarif ganz anerkannt werden, wenn bis dahin die Streikenden vermocht hätten, überall dort, wo noch unter diesem Tarif gearbeitet wird, denselben zur Anerkennung zu bringen. Für die grüne Arbeit wurden folgende Zugeständnisse gemacht: Rahmen 1,20 Mk. Handarbeit inkl. Borarbeit, Riemen 40 Pfg., Rißen, Handarbeit 15 Pfg. Maschinennacht? Rahmen-Maschinennacht (ohne unten) 8 Pfg., Patronennacht (gepreßt) inkl. Knopf 32 Pfg., Ring-lappe 4 Pfg., Traggerichte inkl. Borarbeit 27 Pfg. (mit Riemen), Gebriemen inkl. Borarbeit 8 Pfg., Hochgeschirr-Riemen und Packriemen inkl. Borarbeit 4 Pfg., Gepäckjack (Handarbeit) 90 Pfg., wenn derselbe zusammengezogen, 1 Mk. — Die Maßregelungen bei Dahl und nun bei Wählenfeld wollen die Herren nicht nach Wunsch der L.-A. zurücknehmen. Auf die Lohnerhöhungen, welche für Zuschneider und Hilfsarbeiter gefordert werden, gingen die Herren ebenfalls nicht ein. Die Versammlung traute den Versprechungen, welche, wie bemerkt wurde, sehr minimaler Natur

seien, nicht recht und vermutet hierin wieder ein Fabrikantenkunststückchen. Denn wenn die grüne Arbeit fertig ist, wird wohl der braune Tarif das Nachsehen haben. Nach sehr reger Diskussion beschloß die Versammlung per Stimmzettel mit großer Mehrheit etwa folgendes:

Die L.-A. wird beauftragt, die Herren Fabrikanten zu ersuchen, am Donnerstag, den 11. April, mit der L.-A. wiederum eine Einigungsverhandlung (wie die Herren wünschten) anzubahnen, um eventl. den Streik beizulegen. Betreffs der Angebote beschließt die Versammlung: Wenn vom 1. Juli 1901 bis zum 1. Januar 1902 der volle Berliner Tarif für braune und grüne Arbeit ohne irgend eine Einschränkung bezahlt wird, wenn ferner für Lohnarbeiter unter allen Umständen auf die prozentuale Lohnerhöhung erkannt wird, ist die Versammlung mit dem Angebote bis zum 1. Juli ebenfalls einverstanden. Die Versammlung beschließt, daß die Vereinbarungen schriftlich abzufassen und von den Fabrikanten und der L.-A. zu unterzeichnen sind. Ein Nichtbeachten dieser Anforderung seitens der Fabrikanten wird als ablehnende Antwort angesehen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die Versammlung der Militäreffektenarbeiter von Eberfeld-Barmen beauftragt die Streikleitung, jeden Arbeiter (Werkstätten- oder Heimarbeiter) in den Wohnungen zu besuchen.

Ferner beschließt die Versammlung einstimmig, daß die Kollegen, welche für die Konfliktverwaltung von der Firma Scholler arbeiten, auch dort die Arbeit niederzulegen haben. Die Lohnkommission soll auch dort die die betreffenden Forderungen vertreten.

In der wiederum sehr zahlreich besuchten Versammlung, welche am Donnerstag bei Reull stattfand, gab die Lohnkommission den Bericht von der Unterhandlung, welche am selben Tage mit den Fabrikanten gepflogen wurde. Danach will Herr Glemen eine ihm angemessene Lohnerhöhung seinen Lohnarbeitern bewilligen. Herr Wählenfeld will den Lohn der Sattler auf 21 Mark pro Woche erhöhen. Beder u. Co. will sich dem anschließen, soweit er in Betracht kommt. Herr Dahl würde nach Ausnahme der Arbeit auch den Lohnarbeitern nach seinem Ermessen eine Zulage gewähren. Ebenfalls will er die Lohnarbeiter, welche am Streik theilhaftig sind, nach Möglichkeit auf ihre alten Plätze wieder einstellen. Die Maßregelungen bei Dahl habe die L.-A. nicht weiter erwähnt. Zu der Maßregelung bei Wählenfeld habe Herr Wählenfeld erklärt, daß er den Mann unter keinen Umständen wieder beschäftigen wolle; die Gründe theilt Herr Wählenfeld der L.-A. mit. — Im Uebrigen blieben die Herren auf dem Standpunkt, den sie am Dienstag eingenommen, bestehen, nur mit dem Unterschied, daß für den 31. Mai d. J. eine Besprechung mit den dieselben in Betracht kommenden Fabrikanten und der L.-A. geplant ist; letztere soll dann Bericht erstatten über die Durchführung der Tarife in Süddeutschland. Von dieser Durchführung hänge es dann ab, ob die Tarife hier vom 1. Juli ab Geltung haben würden. — Oben erwähnte Abmachung war (nach Wunsch der letzten Versammlung) schriftlich abgefaßt und von den Fabrikanten und der L.-A. unterzeichnet. Herr Wiemer, bei welchem die L.-A. nachdem vorstellig wurde, erklärte, die Forderung seiner Lohnarbeiter nicht anerkennen zu können; im Uebrigen unterschrieb auch Herr Wiemer.

Nach reger Diskussion, in welcher hervorgehoben wurde, daß noch nicht einmal das Entgegenkommen der letzten Versammlung anerkannt wurde, beschloß die Versammlung mit 230 gegen 19 Stimmen (bei Zersplitterung einiger Stimmen) die erstgestellten Forderungen jetzt aufrecht zu halten und mit aller Kraft den Streik zur Durchführung zu bringen. Dieses wurde den Fabrikanten schriftlich mitgeteilt. Es wurde mitgeteilt, bei Dahl hätten bei der letzten grünen Visierung die beiden ersten Zuschneider eine Gratifikation von 30 resp. 15 Mk. erhalten, trotdem sie auch mal „gehört“ hätten (wie einer derselben erklärt hat). Die anderen Lohnarbeiter hätten deshalb auch wohl keine Erhöhung für Überstunden erhalten können? Aus diesem Grunde erkläre sich vielleicht der Umstand, daß die Weiden nicht an dem Streik theilnehmen! — Die Streikenden bei Dahl beschwerten sich, daß die Polizisten ihnen (nach ihrer Auffassung) ungesetzmäßige Schwierigkeiten in den Weg gelegt hätten. Von der Streikleitung wird betont, dieselbe wolle darüber wachen, daß betreffs Streikpostenstreifen hinfort die Polizei nach dem Beschluß des Reichsgerichts handle. Betont wurde noch, daß nur bei Dahl's Werkstätte dieses polizeiliche Vorgehen zu verzeichnen sei.

Weiter sind am Samstag Morgen sieben Zuschneider bei Glemen von dem Streik abgefallen, doch wird dieser nichts an dem guten Gelingen ändern, sehen doch trotdem die anderen Streikenden hochlachend den Versprechungen der Fabrikanten gegenüber. Man hätte es sich nicht träumen lassen, daß hier ein solcher Zusammenhang möglich sei, jedoch ist wohl die Hauptursache dem guten Beispiel der Berliner Kollegen zuzuschreiben. Wir werden festhalten und bestimmt siegen!

In der Versammlung am 16. April war der Zentralvorstand, Kollege Sassenbach, und von der Tarifkommission Kollege Weyler anwesend. Beide konnten erklären, daß sowohl die Leitung unseres Verbandes wie auch die Berliner Militäreffektenarbeiter bereit sind, den Eberfelder Streik mit allen Kräften zu unterstützen. Beide wiesen darauf hin, welche Bedeutung der Streik für die ganze

deutsche Kollegenschaft hat und wünschten der Bewegung den besten Erfolg. Unsere Fabrikanten werden diesmal sehen, daß die Sattler von Eibersfeld-Barmen zum Bewußtsein gekommen sind und alles anwenden werden, um ihre elende Lage auf eine menschenwürdige Höhe zu bringen.

Zur Lohnbewegung der Berliner Geschirrsattler.

Die ganze Lohnbewegung ist zu Ende geführt, ohne daß es zu einem größeren Streik kam. Unsere Forderungen sind den Kollegen bekannt. Im Vordergrund stand die Eringung des Neunhunderttags. Mit der Innung oder richtiger mit einer sogenannten Branchenorganisation der Geschirrsattlermeister, mit welcher wir verhandelten, dies stolze Schiff, geführt von dem tapferen, den Tod verachtenden Kapitän, Herrn Ohm, (Herr Ohm, Vorsitzender dieser Branche der Meister nannte sich gelegentlich den tapferen Kapitän eines sinkenden Schiffes, der seinen Posten auch in der Gefahr nicht verläßt) hielt selbst unseren ersten Ansturm nicht aus. Dies stolze Schiff mit dem tapferen Kapitän versank in die Tiefe, ja so tief, daß man nicht einmal eine Mastspitze mehr sah. Bei der Firma Reinhardt, wo der Kampf schon acht Tage vor dem Ultimatum ausbrach, dauerte der Streik nur acht Tage. Herr Reinhardt streifte vor seinen die Feuerprobe bestehenden Kämpfern die Waffen. Die Firma Guiremand, sowie fast alle größeren und besseren Privatgeschäfte demwilligten die Forderungen ohne es zu einem Ausstand kommen zu lassen. Aufständig dagegen zeigten sich Herr A. W. Schulte, Hartzel, Hoffattler Wetterling und mehrere sogenannte kleine Dalkstraüter mit ein und zwei Leuten. In den Ausstand traten im Ganzen nur 54 Kollegen, wovon nach einer Woche aber schon die Hälfte abging. Sehr schlecht hätte es können den Herren Hoffattlern gehen, falls sie nicht nachgegeben hätten. Durch eine kleine Notiz im Vorwärts schien schon die Position des Herrn Erb, besonders aber des Herrn Wetterling bedroht, nach ihrem Nachgeben suchten sie dann von uns das Versprechen zu erreichen, auf eine harmlose Verächtigung im Vorwärts nicht zu antworten. Dadurch haben diese Herren sich uns ausgeliefert, und sie werden gut thun, wenn sie ihre Demütigung durch nichts schmälern. Am längsten und hartnäckigsten war der Kampf bei A. W. Schulte; aber auch er mußte nach dreiwöchentlichem Kampf kapitulieren.

So haben wir denn ohne große materielle Opfer durch eine gute Organisation einen zufriedenstellenden Sieg errungen. Es wird nun aber für nicht arme Geschirrsattler schwer sein in den besseren Geschäften Arbeit zu erhalten, weil die Arbeitgeber erklären, nur bei dem erhöhten Lohn, welchen sie zahlen müssen, tüchtige, leistungsfähige Leute einzustellen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

(Schluß.)

Konferenzen, Generalversammlungen und Kongresse.

Von der Generalkommission wurde gemäß dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses eine Konferenz der Verbandsvorstände arrangiert, unter welchen Meinungsverschiedenheiten über die Abgrenzung des zu gewinnenden Mitgliederkreises vorhanden sind. Die Konferenz fand am 8. April 1900 in Hamburg statt und waren Vertreter von 13 Verbandsvorständen anwesend. Wenn auch keine bindenden Beschlüsse gefaßt worden sind und gefaßt werden konnten, so hat doch die Aussprache der beteiligten Parteien dazu beigetragen, daß objektiv über die Frage der Zugehörigkeit zu der einen oder der anderen Organisation geurteilt werden wird.

Da für die Ziegler eine eigene Organisation nicht bestand und der Verband der Lössler, welcher die Ziegler längere Zeit als Mitglieder aufnahm, beschloffen hatte, diese Praxis nicht mehr zu befolgen, so wurde unter den beteiligten Organisationen Vereinbarung dahin getroffen, daß die Ziegler im Verbands der Fabrikarbeiter Aufnahme finden sollten. Neuerdings hat sich jedoch wieder ein eigener Zieglerverband mit dem Sitz in Detmold gebildet. Das Sippische Gebiet, wo auch der christliche Zieglerverband seinen Sitz hat, ist das geeignetste für den Sitz einer Zieglerorganisation.

Von den Gewerkschaften des Ruhrgebietes wurde am 25. Juni 1899 eine Konferenz in Mülheim a. d. Ruhr arrangiert. Besprochen wurde die Gründung von Arbeitersekretariaten und die Einsetzung einer allgemeinen Agitationskommission für das Ruhrgebiet. Letztere sollte die von den Agitationskommissionen der einzelnen Branchen betriebene Agitation übernehmen. Gegenüber der auf der Konferenz vertretenen Meinung, daß in dem Bezirk Arbeitersekretariate auf Kosten der Generalkommission errichtet und erhalten werden sollen, wurde von dem anwesenden Vertreter der Legteren erklärt, daß nach dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses die Generalkommission eventuell nur Zuschüsse zu solchen Sekretariaten leisten könne. Vorbedingung wäre also, daß zunächst die organisierten Arbeiter des betreffenden Bezirks durch Leistung ent-

sprechender Beiträge beweisen, daß sie das Bedürfnis für Errichtung solcher Sekretariate empfinden.

Dasselbe wurde den auf den Beschluß des Gewerkschaftskongresses sich stützenden Anforderungen zur Beihilfe für Errichtung von Sekretariaten in einer ganzen Anzahl anderer Orte und Bezirke entgegengehalten. Nur in einem Falle hat bisher die Generalkommission einen dauernden Zuschuß von 600 M. jährlich für ein solches Sekretariat zugelassen.

Die Übertragung der gesamten Agitation an die erwähnte Agitationskommission erfolgte nicht, weil die Mehrheit der befragten Vorstände der Meinung war, daß die Agitation zweckmäßiger durch Branchenkommissionen betrieben würde. Deswegen unterblieb auch die in Aussicht genommene Gewährung von Mitteln an die genannte Kommission.

Seit dem letzten Gewerkschaftskongress fanden insgesamt 36 Generalversammlungen respektive Verbandstage der einzelnen Berufe statt.

Von diesen Generalversammlungen respektive Verbandstagen wurden 24 durch Vertreter der Generalkommission besucht. Die Delegation erfolgte fast ausnahmslos auf Wunsch der Vorstände der betreffenden Organisationen.

Die Teilnahme an einem von den Gewerkschaften Frankreichs einberufenen Internationalen Gewerkschaftskongress lehnte die Generalkommission mit der Motivierung ab, daß, soweit allgemeine internationale Fragen gewerkschaftlicher Natur zu beraten sind, dies bis auf Weiteres in ausreichendem Maße durch den Internationalen sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongress geschehen könne. Zu diesem Kongress, der am 23. September 1900 in Paris stattfand, hat die Generalkommission zwar einen offiziellen Vertreter nicht entsandt (zwei Mitglieder der Kommission waren von anderer Seite dorthin delegiert) jedoch den Delegierten des Kongresses einen gedruckten Bericht über die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland übermittelt. Der Bericht, in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefaßt, wurde in 500 Exemplaren auf dem Kongress verteilt.

Zu einem Internationalen Arbeiterschutzkongress, der am 25. Juli 1900 in Paris stattfand, wurde die Generalkommission nicht nur eingeladen, sondern es erging an sie, respektive an ihren Vorständen auch die Aufforderung, das Einberufungsschreiben mit zu unterzeichnen. Beides wurde abgelehnt. Die Ablehnung wurde damit motiviert, daß ein Vortheil für die Arbeiterchaft aus dem Kongress nicht erwachsen werde. Soweit die Propaganda für internationalen Arbeiterschutz notwendig und möglich, müsse sie sich auf die Verhandlungen des Arbeiterschutzkongresses in Zürich stützen. Dieser Propaganda dienen aber die internationalen Arbeiterkongresse in größerem Maße, als dies von bürgerlichen Sozialpolitikern einberufenen Kongresse können.

Die Arbeiterversicherung.

Der Gewerkschaftskongress beauftragte die Generalkommission, für Auffklärung der Arbeiter über die Bedeutung der staatlichen Arbeiterversicherung zu sorgen und die Wahlen der Arbeitervertreter zu leiten.

Dem ersteren Auftrage ist die Kommission durch Herausgabe der Broschüre über die Arbeiterversicherung nachgekommen. Auch der Vorbereitung der Wahlen soll diese Broschüre dienen. Unter den gegebenen Verhältnissen war jedoch mit einem großen Erfolg der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bei diesen Wahlen nicht zu rechnen.

Sowohl bei den Wahlen der Vertreter resp. Besitziger bei den Rentenstellen Ende 1899, als auch bei den Wahlen der Besitzer in den Schiedsgerichten Ende 1900 hat die Generalkommission den in Betracht kommenden Gewerkschaftskartellen durch literarische Anleitung für die Beteiligung an den Wahlen gegeben. In einzelnen Orten sind nach den hierher eingelaufenen Berichten auch die von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten gewählt worden. In den nächsten Jahren muß, und dazu giebt die genannte Broschüre Anleitung, von unten herauf für diese Wahlen Vorbereitung getroffen werden. Dann wird, da schon unter den gegebenen ungünstigen Verhältnissen theilweiser Erfolg erzielt worden ist, der Erfolg ein allgemeiner sein. Da bei all diesen Wahlen die Art der Organisation der Krankenkassen entscheidend ist, so hat die Generalkommission begonnen, zunächst durch Umfrage bei den Verbandsvorständen Material zu sammeln, damit die Frage, welche Kassensart von den Gewerkschaften zu bevorzugen ist, allgemein entschieden werden kann.

Einem von der Berliner Gewerkschaftskommission gemachten Vorschlage, in Berlin ein Sekretariat zu errichten, welches die Vertretung der Berufierten vor dem Reichsversicherungsamt übernehmen soll, konnte die Generalkommission nicht zustimmen. Sie erkannte an, daß eine solche Einrichtung notwendig, und daß es Sache der Gewerkschaften ist, sie zu schaffen. Genaue Berechnungen haben jedoch ergeben, daß die Generalkommission aus den regelmäßigen Einnahmen die nicht unbedeutenden Kosten, respektive die erforderlichen Zuschüsse für eine solche Einrichtung nicht leisten kann. Es muß deshalb die Entscheidung über die Frage dem nächsten Gewerkschaftskongress überlassen bleiben.

„Korrespondenzblatt“, Broschüren, „L'Operaio Italiano“.

Die Erhöhung der fortdauernden Einnahmen der Generalkommission ermöglichten es dieser, dem Beschluß des Gewerkschafts-

Kongress entsprechend, das „Korrespondenzblatt“ zu vergrößern und besser auszugestalten. Seit dem 1. April 1900 erscheint das Blatt regelmäßig sechzehnjährig im bisherigen Format und seit dem 1. Januar 1901 in etwas vergrößertem Format in demselben Umfange. Ein Redakteur, welcher sich ganz der Herstellung des Inhalts widmen konnte, wurde angestellt.

Die schon erwähnte Broschüre „Die Vertreter in der Arbeiterversicherung und deren Aufgaben“ wurde in 10 000 Exemplaren hergestellt. Nachdem durch reichsweite Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine die in den letzten Jahren erfolgten Änderungen der Vereinsgesetze einen gewissen Abschluß erhalten haben, wurde die längst vergriffene Schrift „Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungsrechtes“ neu herausgegeben. Die Schrift, welche entsprechend den neueren Gesetzesbestimmungen und der geltenden Polizei- und Gerichtspraxis angepaßt ist, wurde in 5000 Exemplaren hergestellt.

Die italienische Zeitung „L'Operaio Italiano“ scheint einem dringenden Bedürfnis zu entsprechen. Während im Jahre 1899 die höchste Auflage 3000 betrug, stieg sie im letzten Jahre auf 4400. In den Wintermonaten, wenn die italienischen Arbeiter in ihre Heimat zurückkehren, geht die Auflage selbstverständlich zurück.

Zur Unterstützung der Agitation unter den Italienern wurde auch eine Broschüre in italienischer Sprache herausgegeben und in 4000 Exemplaren hergestellt.

Zu erwähnen wäre noch, daß die Generalkommission eine Sammlung für die Ausgesperrten in Dänemark veranstaltete und die Versammlungen in Deutschland arrangierte, in welchen Delegierte der Ausgesperrten referierten. Seitens der Generalkommission wurden 133 800 Mk. nach Dänemark gesandt. Der nach Beendigung der Aussperrung eingegangene Betrag von 7994 Mk. wurde der Kasse der Generalkommission überwiesen und als Darlehen den Verbänden übergeben, welche größere Streiks zu führen hatten.

Einschließlich der von anderer Seite direkt nach Dänemark gesandten Summen wurden aus Deutschland 217 572 Mk. den Ausgesperrten überwiesen. Eine Sammlung zur Unterstützung der freitrenden Bergarbeiter in Oesterreich ergab den Betrag von 49 000 Mk., welche an die österreichische Gewerkschaftskommission abgeführt wurden.

Eine Zentralisation in Berlin.

Eine Frage, welche in Berlin unter den leitenden Kollegen der einzelnen Filialen aufgeworfen und auch schon behandelt ist, welche aber gleichzeitig das größte Interesse der Berliner Kollegen beansprucht, ist die: Liegt es im Interesse der Berliner Kollegen, die Organisation hier selbst zu zentralisieren?

Diese Frage wurde vor langer Zeit in der Filiale I aufgeworfen, behandelt und dem Vorstande aufgegeben, in einer kombinierten Vorstandssitzung diese Frage auf ihre Bedeutung zu prüfen. Hier wurde nun der Wert einer Zentralisation von den dafür eingekommenen Kollegen dargelegt und beschlossen, einer Kommission von sieben Mitgliedern die Sache zur weiteren Vorberatung zu übergeben. In einer von der letztgenannten Kommission abgehaltenen Sitzung waren dann leider die Mitglieder der Filiale IV nicht erschienen, es war ihnen in einer Mitgliederversammlung selbst verboten, an der Beratung dieser Frage teilzunehmen, weil einzelne Kollegen das Gras wachsen hörten, und diese in jeder Beziehung voreingenommen den Mitgliedern sagten, man wolle durch die Zentralisation in Berlin eine fette Beamtenstelle schaffen, man mußte auch schon die Höhe des zu zahlenden Gehalts, sowie den Tag der Anstellung dieses Berliner Beamten. Wegen der ablehnenden Haltung der Filiale IV und den bevorstehenden Lohnbewegungen der Tischner und Geschirrarbeiter wurde nun von der eingesezten Kommission nichts mehr unternommen, bis in der letzten kombinierten Vorstandssitzung die Frage wieder akut wurde und laut Beschluß dieser Sitzung die Agitationskommission der Provinz Brandenburg beauftragt wurde, diese Frage in unserer Zeitung zu behandeln, damit sich die Kollegen Berlins mit der ganzen Sache vertraut machen, um dann später in einer kombinierten Versammlung der Kollegen weiter die Sache zu beraten. Weil nun die ganze Sache für jeden Berliner Kollegen von größter Bedeutung ist, wollen wir die Frage an dieser Stelle auch eingehend behandeln.

In folgender Art ist nun die Zentralisation der Berliner Filialen gedacht. Verschmelzung aller bestehenden Filialen in eine mit Eintheilung in einzelne Branchen, welcher je ein Branchenleiter vorsteht; diese Branchenleiter mit dem anzustellenden Beamten bilden den Vorstand der geeinten Filialen, und wird zur Vertretung der Agitation in jeder Branche eine Agitationskommission gewählt. Es wird außerdem ein eigenes Bureau eingerichtet und ein Beamter für Berlin angestellt. Dieser Beamte hat folgende Obliegenheiten zu erledigen: Die Agitation im größeren Maße zu betreiben, wie seine Kraft reicht; er ist Kassier der Filiale, und hat damit die ganze Arbeit der jetzigen Kassier zu erledigen, ferner soll der Beamte den Mitgliedern in rechtlichen Fragen beistehen, den Arbeitsnachweis für Berlin in dem Bureau leisten, sobald nicht mit der Zwangsbewahrung ein gemeinsamer Nachweis erreicht wird. Es soll für Berlin eine Lokalkasse gegründet werden, um die Arbeitslosenunterstützung für Berlin einzuführen. Auch die Oberleitung dieser Einrichtung würde von dem Beamten zu

erledigen sein. Das bisher angeführte Arbeitspensum ist ein solches, daß der Beamte ein durchaus tüchtiger sein muß, will er dasselbe erledigen. Welche Ummenge Arbeit dieser Beamte haben würde, wissen allerdings nur diejenigen Kollegen, welche heute zu sehr überlastet sind. Dies wäre nun ungefähr der Plan dieser Zentralisation, und wollen wir nun die Notwendigkeit dieser Umwälzung unter gleichzeitiger Berücksichtigung derjenigen Punkte, welche dagegen geltend gemacht worden sind, klarlegen.

Von vornherein werden sich ein großer Theil der Kollegen bei Betrachtung dieser Frage sagen, wir sind durch die jetzige Form unserer Berliner Organisation groß geworden, wir haben den größten Theil der Kollegen den Filialen ihrer Branche zugeführt, weshalb wollen wir nun von dieser Form wieder abgehen. Es ist nun ohne Weiteres zuzugeben, daß die Organisation in Berlin in letzter Zeit unabweislich kolossal gewachsen ist. Dies ist nun aber nicht einzig und all in sich, weil man immer neue Filialen gründete, sondern weil die wirtschaftlichen Verhältnisse bei dem immer steigenden Lebensmittelpreisen so schlecht waren, daß sich doch ein Theil der Kollegen sagte, es geht in diesen Verhältnissen nicht weiter. So wurde denn eine energische, unermüdete Agitation ins Werk gesetzt, der Erfolg blieb nicht aus; die Mitgliederzahl stieg, aber trotzdem ist die Organisation keine feste, keine geeinte, sie ähnelt nicht einer Zentralorganisation. Es kommt bei der Aktionsfähigkeit einer Organisation nicht allein auf die Höhe ihrer Mitgliederzahl an, sondern auf eine gute Leitung, besonders auf eine unabhängige Führung. Wenn die an der Spitze stehenden Kollegen auch noch so tüchtig sind, wenn sie aber in ihrem Beruf thätig sind und somit von dem Arbeitgeber abhängig, können sie erstens nicht ihre geistigen Fähigkeiten zu voller Kraft entwickeln, zweitens müssen sie bei Verrattung der Interessen ihrer Kollegen oft Rücksicht nehmen auf ihre Arbeitsstelle. Nicht selten werden die thätigen Kollegen wie Wild gejagt, von einer Stätte zur anderen getrieben und oftmals wirtschaftlich überhaupt ruinirt. Sie müssen dann ihre agitatorische Thätigkeit aufgeben und nun werden wieder neue Leute gesucht, bis sie ihren Platz ausfüllen vermag eine geraume Zeit, aber schließlich ereilt sie doch wieder dasselbe Schicksal. Ein anderer Umstand der hinzukommt, ist der, daß bei lauter einzelnen Filialen an einem Ort, für jede ein Vorstand, eine Kommission und noch so und soviel Kommissionen bestehen, wodurch die einzelnen Leute mit Arbeit zu sehr überlastet werden, weil bei all den zu besetzenden Posten auf den einzelnen zu viel Kommitte kommen. Vieles wird dadurch vernachlässigt, andererseits treten viel thätige Kollegen wegen Ueberbürdung mit Arbeiten bald wieder zurück. Durch diesen Wechsel der führenden Kollegen wird die Organisation oftmals verwirrt, tritt wohl auch ein theilweiser Stillstand in der Weiterentwicklung ein. Was aber noch maßgebend sein sollte für die Verschmelzung der Berliner Filialen, sind die bestehenden Zweigigkeiten und immerwährenden Eifersüchteleien unter den einzelnen Branchen.

Es entsteht namentlich jetzt ein fortwährender Streit um die Zugehörigkeit der Mitglieder, so daß man bald glauben könnte, jede Filiale ist ein Fachverein früherer Art. Arbeitet z. B. heute ein Tischner, welcher in seiner Branche organisiert ist, wegen schlechter Konjunktur in einer Militärrespektfabrik, so wird an ihn das Ansehen gestellt überzutreten, obgleich er in seiner Filiale bedeutenden materiellen Schaden davon hätte, insofern er seinen Anspruch an die Lokalkasse resp. auf Arbeitslosenunterstützung verlorren geht. Nach einer kurzen Zeit vielleicht kommt dann das Mitglied in dieselbe unangenehme Lage, wenn es wieder als Tischner arbeiten will. Noch größer aber sind die Stellenwechsel der Geschirrfattler mit den Militärrespektfabrikarbeitern. Wie nun ein derartiger Ein- und Austritt der Mitglieder für sie selbst unangenehm ist, verursacht ein solcher Wechsel den einzelnen Kassieren mehr Arbeit. In einer Zentralorganisation kann es an einem Ort aber nicht darauf ankommen, welcher Filiale jemand angehört, sondern ob er überhaupt organisiert ist.

In den Versammlungen der einzelnen Filialen hört man dann auch oftmals den gegenseitigen Branchenkampf, einer glaubt hinter dem andern zurückstehen zu sollen, man streitet sich oft um des Kaisers Bart, anstatt danach zu trachten, an einem Ort auch alle Kollegen unter einen Hut zu bringen, ganz gleich, ob Geschirrmacher, Militärrespektfabrik oder Tischner. Sie alle müssen erzogen werden zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind, nicht aber zum Kampf untereinander. Alle müssen nicht nur ein gemeinsames Ziel haben, sondern sie müssen auch gemeinsam kämpfen und geeint dies Ziel zu erreichen suchen.

Dies alles fehlt aber noch, und man kann es am besten erkennen bei den Lohnkämpfen der einzelnen Branchen, dann tritt eine Ungewißheit in Bezug der Unterstützung zu tage, es müssen erst allseitige Versprechungen gemacht werden, da, wo die weitgehendste gemeinsame Unterstützung außer Zweifel sein sollte. Dies alles wird aber wegsallen, wenn wir an einem Ort eine Filiale mit einer Leitung bilden, die Filialen nach Branchen eintheilt, damit sie ihre beruflichen Interessen wahren können.

Wenn die Kollegen diese Verschmelzung anerkennen, ist die zweite Notwendigkeit die Anstellung eines Beamten. Hierüber, sowie über die Möglichkeit, den Beamten zu beschaffen, werden wir uns den Kollegen gegenüber in der nächsten Nummer äußern. Pflicht der Berliner Kollegen wird es dann sein, diese Frage sachlich und ohne Voreingenommenheit zu prüfen.

Das erste Geschäftsjahr des Berliner Gewerkschaftshauses.

Das Berliner Gewerkschaftshaus hat sein erstes Geschäftsjahr mit dem 31. Dezember 1900 abgeschlossen. Da nur ein Teil der Büroräume am 1. April bezogen wurden, während die übrigen erst nach und nach vermietet werden konnten, da ferner das Restaurant erst am 14. April und die Herberge am 7. Mai eröffnet worden sind, so umfaßt die Geschäftstätigkeit etwa acht Monate.

Die Kosten des Haus betragen einschließlich der Lichtanlage, für die allein circa 80 000 Mk. ausgegeben wurden, rund 1 050 000 Mark; hierzu den für den Grund und Boden bezahlten Preis von 535 000 Mk. gerechnet, ergibt ein Grund- und Gebäudekonto von fast 1,6 Millionen Mark. Das Mobiliarkonto beträgt 27 000 Mk. Dieses Mobiliar dient nur zu Herbergszwecken; das Mobiliar des vorderen Restaurants ist Eigentum der Schultheiß-Brauerei.

Die Einnahmen sind in runden Zahlen:

Pacht der Schultheiß-Brauerei	35 000 Mk.
Miethe für Bureau, Laden u. Wohnungen	11 200
Ueberschuß der Herberge	8 600
Summa	54 800 Mk.

Zum Ertrag der Herberge ist zu bemerken, daß der Ueberschuß von 8600 Mk. in 8 Monaten bei Zugrundelegung eines Zinsfußes von nur 5 pCt. der Verzinsung von noch nicht 200 000 Mk. entspricht, eine Summe, die sicher geringer ist, als der Wert von Grund und Boden und der Baukosten. Trotzdem eine Reihe der Büros noch nicht während der ganzen Betriebszeit vermietet waren, konnten die notwendigen Abschreibungen vorgenommen und ein Geschäftsgewinn von 900 Mk. gebucht werden.

Die Frequenz der Herberge war folgende:

	Durch- reisenden	Ueber- nachtungen	Anzahl der	
			Bäder	Des- infektionen
Mai	697	2 535	929	24
Juni	1 054	4 486	1 374	41
Juli	1 401	5 584	2 115	44
August	1 440	5 894	1 964	26
September	1 256	5 830	1 908	19
Oktober	1 277	5 933	1 899	25
November	909	4 847	1 582	32
Dezember	686	3 666	1 049	17
Summa	8 670	58 745	12 820	228

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer des einzelnen Zureisenden betrug somit 4,46 Nächte. Wie aus der Frequenz der Bädernhaft zu ersehen ist, haben eine ganze Anzahl Herbergsgäste außer dem bei der Aufnahme in die Herberge vorgeschriebenen Bad noch weitere Bäder genommen. Die Einnahmen aus der Badeanstalt (865,40 Mk.) reichten noch nicht zur Bezahlung des Badewassers (943,25 Mk.) hin, doch entspricht dieses Ergebnis dem Vorkurschlag, da es ja von vornherein ausgeschlossen war, daß bei einem Preise von 5 Pf. pro Bad einschließlich Seife und Handtuch eine Deckung der Ausgaben möglich sei. Eine Reinigung der Kleider, die unentgeltlich geschieht, mußte bei 38 Zureisenden einmal vorgenommen werden.

Vier Fünftel der Zureisenden gehörten ihrer gewerkschaftlichen Organisation an.

Die in der Herberge Uebernachtenden gehörten folgenden Berufen an: Arbeiter 298, Arbeiter-Sekretär 1, Architekt 1, Bäcker 135, Barbier 92, Bildhauer 295, Böttcher 22, Brauer 19, Buchbinder 327, Buchdrucker und Schriftsetzer 672, Bureau-Angestellte 29, Bürstenmacher 35, Zigarrenmacher 10, Billeure 13, Konditoren 26, Dachdecker 6, Drechler 174, Dreher 285, Fabrikanten 3, Feilenhauer 27, Former 268, Galvanisierer 5, Gastwirthe 9, Gärtner 17, Gelbgießer 16, Gerber 46, Glaser 31, Glaschleifer 15, Goldarbeiter 82, Graveure 10, Härtler 88, Handelsleute 25, Hand-
schuhmacher 8, Hausdiener 109, Hutmacher 7, Instrumentenmacher 8, Ingenieure 4, Kammacher 7, Kaufleute und Reisende 213, Keller 96, Kistenmacher 7, Klempner 248, Köche 4, Korbmacher 18, Knopfmacher 4, Krankenwärter 8, Kupferschmiede 50, Kupfer 21, Lackier 22, Lagerhalter 7, Landwirthe 10, Lehrer 3, Lithographen 14, Maler 228, Maschinisten 11, Maurer 228, Mechaniker 107, Messerschmiede 4, Metallarbeiter 38, Monteurs 61, Metallschleifer 22, Möbelpolier 13, Musiker 7, Radler 7, Photographen 4, Porzellan-
drucker 15, Porzellanmaler 10, Polamentiere 15, Redakteure und Schriftsteller 24, Rohrlieger 6, Sattler 205, Seelente 13, Seifen-
seher 4, Silberarbeiter 16, Schaffner 6, Schlächter 40, Schlosser 865, Schmiede 77, Schneider 306, Schuhmacher 167, Stanger 9, Stein-
drucker 71, Steinmetzen 35, Steinseher 16, Stellmacher 116, Studenten 8, Stukkateure 38, Tapezierer 118, Techniker 31, Textil-
arbeiter 89, Tischler 1467, Töpfer 56, Uhrmacher 28, Berggolter 27, Zimmerleute 121. Eine Anzahl anderer Berufe war mit weniger als 8 Berufsausgehörigen an der Frequenz der Herberge beteiligt.

Im Restaurant der Herberge wurde umgelegt (Einkaufspreis): Fleischwaren 8527,05 Mk., Backwaren 2922,00 Mk., Kartoffeln, Gemüse und andere Küchenwaren 4155,29 Mk., Lagerbier 5886,80 Mk., Weißbier 1221,75 Mk., Branntwein 402,45 Mk., Säfte

156,05 Mk., Seiterwasser 81,00 Mk., Tabak und Zigarren 1102,80 Mk.

Zur Zeit sind mit Ausnahme eines einzigen Bürozimmers sämtliche Räume des Gewerkschaftshauses in Benutzung genommen und an manchen Stellen reichen die vorhandenen Räume nicht aus. Ein reges gewerkschaftliches Leben hat sich am Enslufer entwickelt und wollen wir hoffen, daß das eigene Heim den Berliner Gewerkschaften noch viele Freude bereiten wird.

Aus dem Auslande.

Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1899. Seit dem Jahre 1887 veröffentlicht das englische Arbeitsamt alljährlich Berichte über den Stand der Gewerkschaftsbewegung; Zahl der Trades-Unions, Mitgliederstand und Klassenverhältnisse werden eingehend berücksichtigt und mit früheren Jahren verglichen. Der gegenwärtige Bericht ist also der zwölfte; er enthält vergleichende statistische Angaben für die Jahre 1892 bis 1899.

Die Zahl der Gewerkschaften betrug im Jahre 1899: 1292 gegen 1310 im Jahre 1898; fast in jedem Jahr macht sich eine Abnahme der Zahl der Trades-Unions bemerkbar, da die kleineren vielfach in größere aufgehen. Dagegen ist der Bestand der Mitglieder in stetem Wachsen begriffen; im Jahre 1892 umfaßten die sämtlichen Gewerkschaften 1 503 233 Mitglieder, Ende 1899 war die Zahl derselben auf 1 802 518 gestiegen. Die Zunahme betrug also 20 pCt. in den acht Jahren; im Berichtsjahr ist die Mitgliederzahl um 9 pCt. gestiegen. Von dieser Zunahme des letzten Jahres entfallen allein auf die Bergbau- und Steinbruchindustrie 71 084 Mitglieder oder 24 pCt.

In 139 der gezählten Trades-Unions sind Frauen als Mitglieder eingetragen; ihre Gesamtzahl beträgt 120 448 oder 7 pCt. der Mitgliedschaft sämtlicher Gewerkschaften oder 39 pCt. der Gewerkschaften mit weiblichen Mitgliedern. Der größte Teil der weiblichen Mitglieder entfällt auf die Textilindustrie, nämlich 109 076, also über 90 pCt. Im Ganzen sind nur etwa 10 pCt. der in Fabriken und Werkstätten tätigen Frauen organisiert.

Die Verteilung der Gewerkschaften und deren Mitgliederstand auf die einzelnen Erwerbsgruppen im Jahre 1899 sei in folgender Tabelle gezeigt:

Gewerkschaftsgruppen	Anzahl der Gewerkschaften	Anzahl der weiblichen Mitglieder	Mitgliederzahl am Schlusse von 1899	
			Anzahl	Prozent der Gesamtmitgl.
Bergbau und Steinbrüche	60	2029	424 793	24
Metall, Maschinen- und Schiffbau	272	2570	331 245	19
Baugewerbe	198	3202	251 085	14
Brauerei	242	521	220 098	12
Eisenbahnen, Werften und Transportgewerbe	68	1289	163 288	9
Allgemeine Arbeit	21	900	111 716	6
Kleider	47	615	68 909	4
Druckerei und Buchbinderei	58	856	56 471	3
Bedürftige Beschäftigung	32	908	41 119	2
Holzbearbeitung u. Möbel	128	618	39 852	2
Alle and. Gewerkschaften	238	1541	93 077	5
Zusammen	1292	14549	1 802 518	100

Die ersten vier Gruppen umfassen demnach zusammen 69 pCt. aller Mitgliedschaften. Die meisten Zweigvereine besitzen die Bauarbeiter, deren Organisationen sich über alle Orte von nur einiger Bedeutung erstrecken, während die Maschinenbau- und Textilindustrie sich in verhältnismäßig engen Bezirken zusammengeklängelt finden. Die meisten der Gewerkschaften sind eingetragen, was ihnen den Vorzug bringt, daß ihre Klassen vom Gesetz geschützt sind.

Streiks und Lohnbewegungen.

Bericht über den Streik der Lapeyrierer Brauereiarbeiter. Wie die meisten Kollegen aus den politischen und gewerkschaftlichen Zeitungen ersehen haben, ist hier seit dem 16. März der Streik der Lapeyrierergewerkschaften ausgebrochen, der bis jetzt noch nicht beendet ist. Die Forderungen, welche in einer stattgefundenen Versammlung festgelegt wurden und den Arbeitgebern unterbreitet werden sollen, sind folgende:

1. Ein Minimallohn von 35 Pf. pro Stunde für Arbeiter, d. i. pro Woche 16,90 Mk. (bisher 16—18 Mk.).
2. Auf alle Löhne, welche jetzt schon über den Minimallohn sind, 10 pCt. Aufschlag. (Bisheriger Gesamtdurchschnittslohn 19,82 Mk.).

3. Ueberstunden werden mit 83 1/2 pCt. mehr bezahlt. (Bisher 10 pCt.). Für Nachtarbeit von Abends 10 Uhr bis Morgens 6 Uhr 50 pCt. mehr. (Bisher 15 pCt. mehr). Für Sonntagsarbeit ebenfalls 50 pCt. mehr und Vorlage des polizeilichen Erlaubnissscheines zur Sonntagsarbeit.
4. Abschaffung der Akkordarbeit.
5. Bei auswärtigen Arbeiten richtet sich die Ausführung nach den jeweiligen örtlichen Verhältnissen, doch müssen pro Tag mindestens 3 Mk. bezahlt werden. Als Fahrgehalt wird 3. Klasse vergütet.
6. Vor den drei hohen Feiertagen ist um 4 Uhr Feierabend; wird länger gearbeitet, so wird die Zeit als Ueberstunden bezahlt.
7. Strafregelungen wegen Feiern des 1. Mai dürfen nicht stattfinden.
8. Anerkennung des städtischen Arbeitsnachweisesbüros seitens der Innung.
9. Die 1/2 stündige Vesperpause fällt fort und ist um 6 Uhr Feierabend.
10. Der Lohn wird Freitag, Abends ausbezahlt.
11. Waschbeden, Seife und Handtuch sind auf jeder Werkstatte zu halten.
12. Die Tapezierergehilfen erkennen die von der Innung eingeführte Werkstattordnung nicht an. Wenn die Meister eine solche wünschen, mögen sie mit den Gehilfen zusammen eine ausarbeiten.

In einer gemeinsamen Sitzung des Innungs-Ausschusses und der Lohnkommission kam es leider zu keiner Einigung, da sämtliche Forderungen, mit Ausnahme der Punkte 5, 8, 9 und 11 rundweg abgelehnt wurden. Neben wie: „Wir wollen Herr im eigenen Hause sein“, und: „Wir können wohl mehr Lohn zahlen, wir wollen aber nicht“, oder: „Mit unserer Werkstattordnung stehen oder fallen wir“, standen den Abend auf der Tagesordnung. Nachdem am 16. März 43 Gehilfen die Arbeit niedergelegt hatten, wurden am 28. März sämtliche Gehilfen feiernd der Meister ausgesperrt, von denen sich 27 bei der Lohnkommission meldeien, die übrigen unterliegen dieses, da die Innung am 26. März ihren Beschluß bezüglich der Aussperrung wieder aufhob und alle ihr Angenommen aufforderte, bis zum 30. März spätestens wieder anzufangen. Dieser Aufforderung folgten nur diejenigen, die sich nicht einzeln lassen hatten, und zu diesen gehörte auch ein den älteren Sattlerkollegen bekannter Herr Kollege Max Bornemann, der lange Jahre im Sattlerverbande und in Braunschweig bediensteter war. Wegen einer geringen privaten Angelegenheit trat er am 18. März aus dem Tapezierer-Verein, um als Arbeitswilliger glücken zu können. Aber an diesem nicht genug; einen schon vorher gefassten Beschluß des Vereins, keine Ueberstunden und Sonntagsarbeit zu leisten, kam er nicht nach, bis er eines Sonntags von uns erwischt wurde. Dieser war auch ein Mitglied, der, als er im Sattlerverband organisiert war, als Tapezierer nichts zu riskieren hatte, jetzt aber im Tapezierer-Verein sich in seine Haut zu riskiert. Aber leider gibt es noch mehrere solcher Elemente in allen Verufen und Kreisen. Zugang war bis jetzt noch nicht groß, auch nur ein paar Arbeitswillige aus unseren Reihen, aber leider sehr viel kleine Tapezierer- und Sattlermeister, auch von den Dörfern, die nur so Unvegetiren, haben einen Theil der Tapezierergehilfen Arbeit fertiggestellt. An Unterstützung zahlt der Verein für Ledige 8 Mk., für Verheiratete 12 Mk. und auf jedes Kind unter 14 Jahren 1 Mk., jedoch höchstens 17 Mk. pro Woche. Im Streik befinden sich noch 51 Gehilfen, davon 20 verheiratet mit 28 Kindern.

Es liegt nun auch an Euch, Kollegen, den Zugang nach hier fernzuhalten, selbst wenn Ihr nicht als Tapezierer speziell geht, denn jetzt ist Jeder willkommen bei den Meistern.

Cassel. Die am Donnerstag im Buchbacherschen Lokal stattgefundene öffentliche Sattler-Versammlung war gut besucht und hörte den einstündigen Vortrag ihres Kollegen Alfred Niedel-Berlin über „Die letzten Militärarbeiterstreiks und die graugrüne Militärarbeit“ mit Spannung zu. In der hierauf folgenden Diskussion wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Die heutige öffentliche Versammlung beschließt, eine 11gliedrige Kommission zu wählen, welche die von den Berliner Firmen bewilligten Preise für graugrüne Militärarbeit aus hier in Cassel zum Durchbringen zu bringen hat.“

Hierauf wurde nach Wahl der Kommission beschlossen, in aller Eile mit der Arbeit zu beginnen, so daß schon in nächster Woche die ersten Werkstattöffnungen stattfinden können.

Jena. Die Firma Karl Reiß, Jena, ließ Anfangs vorigen Jahres ihr Arbeitspersonal über Einführung des Achtstundentages abstimmen. Nachdem aber 7/8 kassir gestimmt, wurde am 1. April v. J. versucht die Einführung des Achtstundentages eingeführt mit zweistündiger Mittagspause im Sommer und 1 1/2 stündiger im Winter. Nachdem jetzt die Erhebungen eines ganzen Jahres vorliegen und sich sehr günstig gestellt, hat die Fabrikleitung beschlossen, den Achtstundentag dauernd beizubehalten.

Im Anschluß hieran wurde in der letzten Fabrik-Versammlung den Arbeitern der 1. Mai von 11 Uhr ab frei gegeben und wird der Lohn für den ganzen Tag ausgezahlt. Da die Mehrzahl der Verbandsmitglieder bei dieser Firma beschäftigt, so wurde in unserer

Versammlung am 4. April beschlossen, den Veranstaltungen der Gewerkschaften Jenas vollständig beizuwohnen und für eine würdige Feier des 1. Mai zu agitieren.

München. Ummählig regt es sich in den Herzen und in den Köpfen der Münchener Kollegen, und so kam es, daß die Versammlung am 30. März im „Kreuzbräu“ gut besucht war. Die in Privatgeschäften arbeitenden Sattler, um deren Lage es sich hauptsächlich drehte, hatten sich zahlreich eingefunden.

Kollege Mauerer schilderte die Lage der Obengenannten auf Grund von 150 eingegangenen Fragebogen vom Jahre 1900. Wie nicht anders zu erwarten war, traurig, tieftraurig ist es mit der großen Mehrzahl bestellt. Da diese Statistik noch anderwärts die so nothwendige Würdigung finden wird, seien hier nur einige Punkte herausgegriffen.

Die Arbeitszeit schwankt von 9-12 Stunden täglich. Unter den 150 Kollegen sind 63 mit 10-12 stündiger Arbeitszeit. Mittagspausen von 1/4-1/2 Stunde kommen vor. Selbst ohne Mittagspause arbeiten noch Kollegen. 62 Kollegen, darunter eine große Anzahl Verheiratheter, verdienen 18 Mk. und darunter bis zu 12 Mk. pro Woche. 26 Kollegen gaben an, für Ueberstunden und Sonntagsarbeit keinen Zuschlag zu bekommen. Dies und noch Schlimmeres in einer Großstadt von 1/2 Million Einwohnern. An anderer Stelle mehr davon.

Die Diskussion ergab volle Einigkeit und wurde von allen Anwesenden beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Zu diesem Zweck wurde eine 5gliedrige Lohnkommission gewählt, bestehend aus den Kollegen Aubinger, Klinger, Horn, Kleiber und Mauerer, die beauftragt wurde, die nöthigen Vorarbeiten zu machen. Die Kommission hat sich konstituiert, und ist Kollege Georg Mauerer, Schlothanerstr. 16 III, zum Obmann bestimmt. Die in der Versammlung anwesenden Militärsattler erklärten sich solidarisch und versprachen volle moralische und finanzielle Unterstützung.

Der bereits in einer Mitgliederversammlung gefasste Beschluß, 50 Pf. pro Woche und Kollege während der Dauer der Lohnbewegung für die Lokalkasse zu leisten, wurde ohne Gegenstimme angenommen. Das Wachstum des Verbandes am Orte läßt Gutes hoffen.

Verband der Sattler und verw. Berufsgenossen.

Abrechnung vom 3. bis 17. April 1901.

Einsendungen von Verwaltungsstellen: Potsdam 100,—, Charlottenburg 85,—, Oberrad 80,—, Nürnberg 80,—, Dortmund 25,—, Nüßelheim 40,—, Leipzig II 49,72, Steint 20,—, Mannheim 20,—, München 125,—, Cassel 90,—, Berlin V 42,65, Leipzig I 117,85, Eisenach 72,—, Frankfurt a. O. 20,—, Brandenburg a. S. 90,—, Berlin I 160,— Mk. Sa. 1167,02 Mk.

Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern: Gert-Finsterwalde 0,50, (E. Merk 0,50, A. Kühn 0,50 - Konstanz) W. Köber-Greifenberg u. M. 0,50 Mk. Sa. 2,— Mk.

Beiträge von Einzelmitgliedern: Gert-Finsterwalde 0,60, (E. Merk 0,20, A. Kühn 0,20 - Konstanz) G. Hohl-Wilsbach 2,—, (W. Magister 8,—, J. Schafranek 2,— - Döbenhofen) P. Müller-Finsterwalde 1,—, H. Alverding-Bremen 2,—, F. Freistetter-Stein 2,—, W. Köber-Greifenberg u. M. 1,—, P. Ras-mussen-Gothaus 5,—, D. Elmer-Lübeck 4,—, G. Herbig-Dassel 3,—, B. Belzel-Lorgau 3,—, G. Wilhelm-Jetenburg 2,40, R. J. 4,—, P. Wroblamowski-Berlin 1,40, G. Giesche-Guben 2,—, G. Sünzel-Baden-Baden 2,—, H. Niemann-Radeburg 5,—, E. Schütz-Birn 3,—, W. Klump-Mienburg 3,—, G. Boll-Reichenbach 2,— Mk. Sa. 58,80 Mk.

Für die im Streik gewesenen Militärsattler Berlins: Offenbach 176,95 Mk.

Für die im Streik befindlichen Militärsattler Eiberfeld: Berlin I 54,85 Mk.

Georg Standke, Hauptkassier.
Berlin SO.
Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus.

Preuden. Am Montag, den 25. März, fand eine Mitglieder-versammlung der Militärsattler statt. Als Berichtsgegenstand wurde der Sonnabend vorgeschlagen und angenommen. Kollege Arnold stellte den Antrag, alle vier Wochen eine Versammlung abzuhalten, und es so einzurichten, daß die unsrige nicht mit der in der Altstadt zusammen stattfindet. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Als Berichtslokal wurde Restaurant Gabel, Marktgrafenstraße 11, bestimmt. Mehrere Kollegen ließen sich aufnehmen. Als Delegirter im Agitationskomitee wurde Kollege Härtel gewählt. Der Antrag auf Gründung einer Lokalkasse wurde nach längerer Debatte auf später vertagt. Im Gewerkschaftlichen sprachen sich noch mehrere Kollegen über die hiesigen Verhältnisse aus. Die nächste Versammlung findet am 13. April statt.

Neutlingen. Am Sonnabend, den 23. März, fand unsere nicht so vollzählig wie sonst besuchte Versammlung statt, trotzdem ein paar wichtige Punkte auf der Tagesordnung standen. Bei Punkt Stellungnahme zum 1. Mai ging nach vorausgegangener Diskussion folgender Antrag ein: Die Kollegen sehen wegen schlechten Geschäftsganges von einer Arbeitsruhe ab, dagegen soll es Pflicht eines jeden organisierten Kollegen sein, die hiesige Organisation mit allem Fleiß ausbauen zu helfen, um endlich einmal in dieser Hinsicht bessere Aussichten zu erzielen. Bei der Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskartell wurde Kollege Buch gewählt. Zum Punkt Arbeitslosen-Unterstützung hielt Kollege Brenz ein kleines Referat, in welchem er die Kollegen aufrief, bei der Urabstimmung dieses Jahres für die Arbeitslosen-Unterstützung einzutreten, die Meinung war aber verschieden, es wurde hauptsächlich auch darauf hingewiesen, daß, wenn man wegen des Berliner Streiks schon ein halbes Jahr Extra-Beiträge erhebt, dann müßten die Wochen-Beiträge mindestens auf 30 Pf. erhöht werden, was in unserer Branche nicht leicht durchzuführen wäre. Im Beschiedenen wurde das Agitationskomitee scharf getadelt, weil es uns nicht mittheilte, daß Kollege Maurer von München in verschiedenen Filialen Vorträge hielt, die Agitationsleitung möge bedenken, daß die Filiale Neutlingen, wenn auch klein aber dennoch lebensfähig ist und deshalb wäre es gerade am Platz, die kleineren Filialen in dieser Hinsicht mehr zu berücksichtigen.

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr.

Von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß Aufklärung und Wissen zu den wichtigsten Mitteln gehören, mit denen der Arbeiter seinen schweren Lebenskampf durchzuführen vermag, ist vor 10 Jahren die Arbeiter-Bildungsschule durch Wilhelm Liebknecht ins Leben gerufen worden.

Sie war stets bestrebt, durch Gewinnung solcher Lehrkräfte, die vorzüglich für den Unterricht in Arbeiterkreisen geeignet sind, sowie durch sorgsame Auswahl der Unterrichtsstoffe ihr Ziel zu erreichen. Sie wendet sich an Männer und Frauen der Arbeiterschaft in gleicher Weise.

Durch die Pflege der Nationalökonomie und Gesetzeskunde soll dem Arbeiter Gelegenheit gegeben werden, sich in den ökonomischen und sozialen Verhältnissen zu orientieren, damit er in einsichtsvoller Weise an der Verbesserung seiner Lebenslage wirken kann. Die Geschichte soll ihm in einer von den herrschenden Vorurteilen freien, auf die Betrachtung des wirklichen Ganges der Kultur-entwicklung gestützten Art übermitteln werden, damit er aus der Kenntnis der Vergangenheit zum Verständnis der Gegenwart gelangt. Durch Naturerkenntnis soll er Einsicht gewinnen in die Gesetze der Naturvorgänge im Sinne des wahren Fortschritts und der großen Errungenschaften der neuen Zeit. Durch Redelebungen soll es ihm ermöglicht werden, persönlich überall da, wo er für sich und seinen Stand einzutreten hat, seinen Mann zu stellen. — Eine rege Beteiligung an dem, was die Schule bietet, ist im ureigensten Interesse der Arbeiterschaft gelegen.

Lehrplan für das II. Quartal 1901.

Unterrichtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer.	Unterrichts-Abend
Geschichte	Entstehung und Geschichte der verschiedenen Religionen	Schriftsteller Dr. Rud. Steiner	Montag
Gesetzes-Runde	Deutsche Reichs- und preussische Staatsverfassung	Rechtsanwalt Victor Frankl	Dienstag
National-Ökonomie	Das Genossenschaftswesen	Fraulein Fanny Imle	Donnerstag
Rede-Übung	Referate und Diskussionen über Themata aus d. sozialen, gewerkschaftl. und geistigen Leben	Schriftsteller Dr. Rud. Steiner	Freitag

Der Unterricht beginnt in Geschichte Montag, den 22. April; Gesetzes-Runde Dienstag, den 23. April; National-Ökonomie Donnerstag, den 25. April; Rede-Übung Freitag, den 26. April. Jeder Kursus erstreckt sich auf 10 Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8—9 Uhr geöffnet. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mk. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. — Der erste Abend jedes Kursus steht Jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II., und in nachstehenden Adressen: Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Schiller, Rosenthalerstr. 57; Krause, Müllerstr. 7a. — Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann Panne, Berlin S. 42, Brandenburgstraße 9, IV., Geldsendungen an den Kassier S. Königs, Berlin S. 59, Diefenbachstr. 75, zu senden.

Der Vorstand.

Wir machen unsere Berliner Mitglieder auf diese günstige Gelegenheit, sich weiter fortzubilden, ganz besonders aufmerksam.

Ausgrabungen.

Ein Unterschied. Zu dem Heirathsvermittler David Vilenstern kommt der heirathslustige Elias Rosengeblüth und bittet ihn um Vermittlung einer Partie. Vilenstern macht ihm darauf seine Vorschläge, aber es scheint lange, als ob sie nicht einig werden sollten, denn Rosengeblüth ist ein schwieriger Kunde. Er verlangt Schönheit und Reichthum zugleich, ein Ariteil, der belanlich sehr selten ist. Lange gehen die Verhandlungen hin und her, bis Rosengeblüth eines Tages bei Vilenstern die Photographie eines schönen Mädchens erblickt, welches ihm so sehr gefällt, daß er erklärt: „Die oder Keine“. Vilenstern zuckt verlegen die Achseln und sagt:

„Lieber Herr Rosengeblüth, ich muß sie leider darauf aufmerksam machen, daß das keine Partie für Sie ist, das Mädchen hat kein Geld.“

Rosengeblüth ist erst wie vom Donner gerührt und kann sich lange nicht fassen. Endlich aber erklärt er sich bereit, über diesen Umstand hinwegzugehen.

Die Sache wird gemacht, man feiert Verlobung, bald soll die Hochzeit sein, da hört Vilenstern, daß Rosengeblüth die Partie habe zurückgehen lassen. Bestürzt eilt er zu ihm und fragt, weshalb und warum?

„Warum? Weil sie kein Geld hat!“ lautet die Antwort. „Aber ich hab Ihnen doch gleich gesagt, das Mädchen hat kein Geld.“ ruft Vilenstern.

Darauf legt ihm Rosengeblüth die Hand auf die Schulter und sagt:

„Mein lieber Herr Vilenstern, daß sie kein Geld hat, darüber hätte ich hinweggesehen, aber daß sie gar kein Geld hat — das habe ich nicht gewußt.“

Verfrühts Chronrede. König Georg II. von England erfuhr, daß ein Zeitungsredakteur bestraft werden sollte, weil er, um die Chronrede des Königs möglichst früh geben zu können, selbst eine Chronrede geschrieben hatte.

„Ich hoffe“, sagte der König zu dem vortragenden Minister, „daß der Mann sehr milde behandelt wird. Ich habe seine und meine Rede verlesen und finde so viel ich davon verstehe, daß die feine bei Weitem besser ist.“

Nicht von Belang. „Aber Elli, Dein Bräutigam stottert ja?“ — „Das macht doch nichts, denn als mein Mann wird er ja ohnehin nichts zu sagen haben.“

Fragekasten.

Eingelaufene Antworten werden in der nächsten Nummer bekanntgegeben. Die Kollegen werden gebeten, solche Fragen, die sie beantworten können, auch zu beantworten.

Kann Jemand angeben, ob und wo in Amsterdam eine Arbeitsvermittlung für Sattler besteht?

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Cassenbach, Berlin, Engel-Ufer 15.
Druck: Maurer & Wilmig, Berlin S., Sonnen-Ufer 11.

Anzeigen.

Entgehende Sattlerrol in der Nähe von Berlin ist veränderungslos billig und zu annehmbarem Preise verkäuflich. Zu erfragen unter Chiffre M. B. 20, Expedition der Sattler-Zeitung.

Der **Arbeits-Nachweis** der Berliner Filialen befindet sich im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 38 und ist vom 2. bis 4. ab geöffnet Abends von 7—9 Uhr (nicht wie früher 8—9). Darin wird auch die Hilfe-Anstaltung ausbezahlt. Die Kollegen werden ermahnt, das Ansuchen zu unterlassen und sich in erster Stelle an den Nachweis zu wenden.
Die **Kommissionen.**

Das **Mitglied Carl Schütz**, eingetretten am 11. März 1901, Berlin IV., wird gebeten, sich beim Kassier oder im Nachweis zu melden, da der Beitragsschein nicht genügend ausgefüllt ist.

Lebens- und Genossenschaftsversicherungen vermittelt G. Brandes, Berlin SO., Engel-Ufer 15, s. 4 K.